

1,4 Beitragspunkte Entlastung durch Bürgerversicherung ist politischer Unfug

Zu der von Bündnis90/Die Grünen in Auftrag gegebenen Studie bei IGES, wonach die Bürgerversicherung angeblich um 1,4 Beitragspunkte die Kassenbeiträge senken könnte, sagt der PKV-Verband:

Um angebliche 0,6 Beitragspunkte können die Kassen durch den Einbezug privat versicherter Arbeitnehmer, Selbständiger und Beamter entlastet werden. Politisch ist mit der Aussage nichts anzufangen, denn sie würde nur gelten, wenn alle Beamten sofort und übergangslos zur GKV wechseln würden. Dafür gibt es keine rechtlich denkbare Handhabe. Gilt die Regelung – so die Studie – hingegen nur für Neubeamte, dann kommen auf die öffentlichen Haushalte Mehrbelastungen von 11 Prozent der derzeitigen Beihilfeaufwendungen hinzu - zur Freude der Steuerzahler.

Völlig vergessen hat die Studie, dass mit dem Einbezug aller PKV-Versicherten in die GKV der überproportionale Finanzierungsbeitrag der Privatpatienten von jährlich 5 bis 6 Mrd. Euro verloren ginge. Das Geld müsste anderweitig aufgebracht werden. Etwa über Beitragserhöhungen in der GKV ?

Was hilft im Übrigen eine Studie, die sich über den Tatbestand hinwegsetzt, dass die Bürgerversicherung, wie gerade erst die Bitburger Gespräche gezeigt haben, ein glatter Verfassungsverstoß wäre.

Außerdem ist die Bürgerversicherung ein Bekenntnis zur Umlagefinanzierung. Sie beseitigt die Kapitaldeckung und würde damit unser Krankenversicherungssystem noch mehr zulasten nachwachsender Generationen belasten. Perspektivisch wären das weitere Beitragserhöhungen.

(0221) 3 76 62 – 16

(0221) 3 76 62 – 92

postmaster@pkv.de

www.pkv.de

Ansprechpartner:
Christian Weber

"Bei ernst zu nehmender Prüfung hilft die Studie nicht weiter. Sie berechnet einen verfassungsinkonformen Vorschlag und unterschlägt für die Berechnung wichtige Faktoren. Das ist politischer Unfug", so Verbandsdirektor Volker Leienbach.

Köln, den 10. Mai 2004